

24. Oktober 2016

Mikl-Leitner und Pernkopf informierten über Energie-Spar-Gemeinden „Finanzsonderaktion und Bedarfszuweisungen gehen weiter“

Niederösterreich hat im Jahr 2011 ein Energie-Effizienz-Gesetz beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Maßnahmen-Paket ins Leben gerufen, um die Gemeinden beim Energiesparen und beim Einsatz erneuerbarer Energieträger zu unterstützen. Von der Nutzung der Solarenergie bis zu kommunalen Elektro-Fahrzeugen reichen die Förderungen, die zur Verfügung stehen. Eine Bilanz und einen Ausblick zu dieser Initiative gaben am heutigen Montag bei einer Pressekonferenz in St. Pölten Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Johanna Mikl-Leitner, Landesrat Dr. Stephan Pernkopf und Gemeindevertreterverband-Präsident Mag. Alfred Riedl.

„Die 573 Gemeinden sind die Lebensadern in unserem Land und die Gemeinden sind die ersten Ansprechpartner für unsere Bürger. Wir von Seiten des Landes Niederösterreich investieren jährlich rund 750 Millionen Euro in die Gemeinden, das Thema ‚Nachhaltigkeit‘ ist uns dabei besonders wichtig“, so Mikl-Leitner. „Wir als Bundesland Niederösterreich haben im Zuge der Aktion ‚Energie-Spar-Gemeinden‘ bereits 45 Projekte unterstützt, die ein Investitionsvolumen von 42 Millionen Euro ausgelöst haben“, betonte die Landeshauptmann-Stellvertreterin. Das zweite Förderinstrumentarium in diesem Zusammenhang seien die Bedarfszuweisungen für die Energie-Spar-Gemeinden, wodurch „über 1.000 Projekte in den Gemeinden gefördert und unterstützt“ wurden. Dabei gehe es um die Realisierung von Photovoltaik-Anlagen, um die Schaffung von Solaranlagen, um den Anschluss an Nahwärme-Anlagen, die Anschaffung von Elektroautos und die Umrüstung bei der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen, führte Mikl-Leitner aus. „Durch diese Umstellung können die Gemeinden bis zu 70 Prozent ihrer Energiekosten reduzieren, was etwa 3,6 Millionen Euro jährliche Einsparungen umfasst. Bisher wurden an die 103.400 LED-Lampen ersetzt“, meinte sie.

„Wir wollen jetzt die Initiative erweitern und die Gemeinden beim Umstieg von Ölheizung und Gasheizung auf Biomasse bzw. Wärmepumpe unterstützen und den Kommunen helfen, die Klimaziele zu erreichen. Die Finanzsonderaktion wird bis Ende 2017 verlängert, gleichzeitig wird eine neue Bedarfszuweisung für Energie-Spar-Gemeinden geschaffen. Wir unterstützen die Gemeinden beim Umstieg von Öl- und Gasheizung auf erneuerbare Energie mit maximal 30 Prozent der Kosten bzw. einem Maximalbetrag von 10.000 Euro“, kündigte die Landeshauptmann-Stellvertreterin an.

Landesrat Pernkopf sagte: „Die Gemeinden sind Vorbilder und Vorreiter und die Energieeffizienz ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema geworden. Jede Gemeinde hat einen Energiebeauftragten ernannt und die Energiebuchhaltung ist bereits

NK Presseinformation

in 130 Gemeinden im Einsatz." Darin seien 5.300 Gebäude erfasst, und man könne feststellen, wie viel Energie ein Gebäude verbrauche. „Kleine Maßnahmen haben oft eine sehr große Wirkung", erinnerte er an die Gemeinde Pfaffstätten, wo man durch die monatliche Ablesung einen Wasserrohrbruch entdeckt habe. 145 Photovoltaikanlagen seien im Zuge der Aktion „Energie-Spar-Gemeinde" installiert worden und 78 Gebäude seien thermisch saniert und an Biomasse-Nahwärmanlagen angeschlossen worden, hob der Landesrat hervor. „Diese Projekte nutzen der Wirtschaft, schützen die Umwelt und schaffen Arbeitsplätze", hielt Pernkopf fest. Auch im Zuge der Aktion „Energiespar-Pfarren" seien bereits 71 Projekte in den Pfarren umgesetzt worden. „Wir wollen weg vom Heizöl und wollen alle Gebäude des Landes Niederösterreich von der Straßenmeisterei bis hin zum Landesklinikum bis zum Jahr 2020 auf Biomasse etc. umstellen. Wir wollen auch die Elektromobilität weiter unterstützen, 74 Elektrofahrzeuge in den Kommunen sind bereits angekauft worden", sagte der Landesrat.

„Die Gemeinden sind die größten öffentlichen Investoren, bauen Schulden ab und können die Maastricht-Kriterien erfüllen. Wir wissen um unsere Pflichten, und sind auch Vorbild für unsere Bürger", sagte Riedl. „Wenn die Gemeinden bei ihren Objekten aktiv werden und die Gebäude dämmen, dann entsteht auch eine zusätzliche Motivation für die privaten Haushalte", führte Riedl aus. Insgesamt würden 530 Gemeinden vom Land Niederösterreich begleitet, in Fragen der Potenzialanalyse etc.

Nähere Informationen: Büro LH-Stv. Mikl-Leitner, Hermann Muhr, Telefon 0664/826 78 89, e-mail hermann.muhr@noel.gv.at, bzw. Büro LR Pernkopf, DI Jürgen Maier, Telefon 02742/9005-12705, e-mail j.maier@noel.gv.at.